Arbeitstagung Armut im Wohlstand

Die Zukunft der Arbeit, des Einkommens und der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands

Jörg Flecker

Im Referat werden drei Hauptursachen von Armut behandelt und damit generelle Entwicklungen in Arbeitswelt und Gesellschaft besprochen: Erwerbslosigkeit, Arbeit und Reichtum.

1. Erwerbslosigkeit:

Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut. Deshalb ist der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesen Monaten auch unter dem Gesichtspunkt der Armutsgefährdung erschreckend. Die mangelnde Höhe des Arbeitslosengeldes in Österreich mit einer im internationalen Vergleich niedrigen Nettoersatzrate ist hier ein zentrales Problem. Die schlechte Absicherung resultiert auch aus oft niedrigen Erwerbseinkommen, die insbesondere von großen Unterschieden zwischen den Branchen und aus der Benachteiligung von Frauen herrühren. In letzter Zeit wurden die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld verschärft, wodurch die Absicherung weiter verschlechtert worden ist. Zudem schlägt die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes inzwischen ganz deutlich auf die Arbeitslosigkeit durch, wie an der großen Zahl von Leiharbeitskräften, die als erste ihre Beschäftigung verloren, zu erkennen war. Scheinselbständige und geringfügig Beschäftigte dürften auch in großer Zahl betroffen sein – sie haben aber keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und scheinen in der Arbeitslosenstatistik nicht auf.

2. Arbeit:

Armut entsteht nicht nur durch Erwerbslosigkeit, sondern auch durch zu niedrig bezahlte Arbeit. In Deutschland ist in letzter Zeit ein riesiger Niedriglohnsektor entstanden: Schon ein Viertel aller Beschäftigten arbeiten zu Niedriglöhnen! In Österreich ist diese Entwicklung statistisch gesehen weniger dramatisch, aber auch hier spricht die Statistik eine deutliche Sprache: Noch immer verdienen 84.000 Vollzeitbeschäftigte weniger als 1.000 Euro; etwa 230.000 Erwerbstätige sind in Österreich armutsgefährdet. Das bedeutet umgekehrt, dass nicht weniger als 41% der armutsgefährdeten Personen erwerbstätig und 22% sogar vollzeitbeschäftigt sind. Im Referat wird der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen ausgeführt, der als eine der Hauptursachen für die – mehrheitlich weibliche – Armut anzusehen ist. Weiterhin werden Beispiele für die Verwandlung von abgesicherter Beschäftigung in

prekäre Niedriglohnarbeit beschrieben – etwa die Auslagerung von Callcentern aus dem öffentlichen Dienst oder die Liberalisierung und Privatisierung von Postdienstleistungen. Angesichts der zunehmenden Prekarisierung der Erwerbsarbeit, die Frauen, Junge, aber auch Ältere besonders betrifft, stellt sich die Frage nach umfassenden Mindestlohnregelungen. Hier sind die Fortschritte im Kollektivvertragssystem deutlich zu langsam, um die Zunahme der Armutsgefährdung verhindern zu können. Und ein gesetzlicher Mindestlohn ist in Österreich nicht konsensfähig.

3. Reichtum:

Als dritte unmittelbare Ursache für Armut wird im Referat auf die Verteilung des Reichtums in Österreich eingegangen. Die Privatisierung, die Veränderungen in der Unternehmensführung und die über Jahre niedrigen Kollektivvertragsabschlüsse haben die Verteilung zugunsten der Eigentümer und Unternehmer und zuungunsten der Lohnabhängigen verändert, wie sich am Sinken der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote ablesen lässt. Die aktionärsorientierte Unternehmenssteuerung, in der es um möglichst hohe Gewinnausschüttungen und die Erhöhung des Börsenkurses geht, versucht nicht nur die Löhne niedrig zu halten, sondern drängt auch auf eine Flexibilisierung der Beschäftigung. Werden Personalstand und damit Lohnkosten nämlich variabel gehalten, wirken sich Schwankungen in der Auslastung des Unternehmens nicht so nachteilig auf die Gewinne und damit Renditen aus. Leiharbeit, freie Dienstverträge, Scheinselbständigkeit und Arbeitszeitflexibilisierung sind also Strategien der Umverteilung, welche die Arbeitseinkommen reduzieren und zu Armutsgefährdung bzw. manifester Armut beitragen können. Im Referat werden einige Daten zur Verteilung des Reichtums in Österreich vorgestellt und mit der aktuellen Diskussion über die Erhöhung des Arbeitslosengeldes in Beziehung gesetzt.

